

## **Religionsfreiheit auch für Kinder und Jugendliche!**

Eine Stellungnahme der AEED zur Diskussion um den Religionsunterricht in Berlin

Eine Koalition aus SPD und PDS in Berlin plant anstelle eines Religionsunterrichts der von den Religionsgemeinschaften mitverantwortet wird ein staatliches Einheitsfach „Werteunterricht“, zu dem alle Schülerinnen und Schüler verpflichtet werden sollen ohne eine Möglichkeit des Austritts zu erhalten.

Berlin ist eine Stadt mit sehr unterschiedlichen kulturellen und religiösen Herkünften und Zugehörigkeiten ihrer Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig gibt es an den öffentlichen Schulen Berlins ein deutliches Defizit im Bereich der religiösen Erziehung und der Werteerziehung. Ein Handlungsbedarf ist unbestritten. Das Zusammenführen der beiden Stadthälften mit ihrer unterschiedlichen Geschichte macht eine neue Lösung notwendig, die für beide Teile akzeptabel ist.

Nicht akzeptabel sind Lösungen, die

- dem Staat ein Monopol im Bereich der religiösen Erziehung einräumen,
- den Schülerinnen und Schülern eine Deutung von Religion aufzwingen,
- die Mitwirkung von Religionsgemeinschaften ausschließen.

Solche Lösungen widersprechen der positiven wie der negativen Religionsfreiheit der Schülerinnen und Schüler.

Von Religionsgemeinschaften, die sich an der Praxis einer religiösen Erziehung in der öffentlichen Schule beteiligen, muss erwartet werden, dass sie sich

- zu den Bildungszielen der öffentlichen Schulen positiv verhalten und sich an ihrer Verwirklichung aktiv beteiligen,
- zum Recht der positiven und negativen Religionsfreiheit bekennen und praktizieren,
- zu einem wissenschaftlich begründeten Unterricht positiv und konstruktiv verhalten.

Dies wird durch einen Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach erreicht. Das Grundgesetz hat mit diesem Konzept Konsequenzen aus Erfahrungen mit einem weltanschaulich totalitären Staat gezogen, die auch für die heutige Situation in Berlin Gültigkeit haben. Sowohl die Jüdische Kultusgemeinde wie auch muslimische

Gemeinden unterstützen diese Regelungen. Auch Religionslose und Atheisten werden durch diese Regelung des Grundgesetzes und seiner Weiterentwicklung durch die Rechtsprechung in ihrem Recht auf Religionsfreiheit voll respektiert.

Das Modell des Grundgesetzes geht davon aus, dass Religion in Verbindung zu gelebter und praktizierter Religion gelehrt werden soll. Daher sollen die Religionsgemeinschaften an diesem Unterricht beteiligt sein. Ein von den Religionsgemeinschaften getrennter Unterricht würde dem Staat eine alleinige Kompetenz zubilligen, über die er als weltanschaulich neutraler Staat gar nicht verfügt.

Die Kirchen haben in diesem Sinne den Vorschlag eines Wahlpflichtbereichs mit den Fächern Religion und Ethik unterbreitet.

Der Vorschlag der SPD-PDS-Koalition dagegen ist ein Angriff auf die Religionsfreiheit der Schülerinnen und Schüler in Berlin:

- er zwingt ihnen einen staatlichen Weltanschauungsunterricht auf, obwohl der religiös und weltanschaulich neutrale Staat sich an dieser Stelle besonders zurücknehmen sollte (er nähme für sich Positionen in Anspruch, über die er selbst nicht verfügt!);
- er verpflichtet Lehrerinnen und Lehrer zu einer scheinbaren distanzierten Objektivität gegenüber allen Religionen, wo es doch gerade darauf ankäme, Religion auf dem Hintergrund religiöser Erfahrung lebendig zu unterrichten;
- er lässt dem konfessionellen Religionsunterricht nur noch eine Alibi-Lücke, da Schülerinnen an ihm nur als zusätzlichem Unterrichtsangebot teilnehmen könnten (dies haben selbst den Kirchen und dem RU gegenüber skeptische Beobachter sofort erkannt!);
- er verhindert und erschwert die Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Gruppen, die gerade angesichts des Defizits an Orientierung im Bereich der Religion und der Werte dringend zu unterstützen wäre.

Wir fordern daher die Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses, die Berliner Parteien, die Mitglieder der Berliner Zivilgesellschaft auf:

**Gebt den Kindern und Jugendlichen in Berlin Religionsfreiheit!**

**Kontakt:**

Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Erzieher in Deutschland e.V. (AEED)

Schreiberstr. 12

48149 Münster

Telefon: 0251-98101-35

E-Mail: [david@comenius.de](mailto:david@comenius.de)

[www.aeed.de](http://www.aeed.de)